



Impulse für das Herz der Stadt – Positionspapier zur Zukunft der Innenstädte

Unsere Innenstädte befinden sich seit geraumer Zeit in einem Strukturwandel, der sich mit Beginn der Corona-Pandemie rasant verstärkt hat. Die zeitlich befristete Sondersituation des Lock-Downs mit geschlossenen Geschäften, Gastronomiebetrieben und Kulturstätten verdeckt, dass zahllose Inhaber um ihre Existenz kämpfen oder schon aufgegeben haben. Das ganze Ausmaß wird erst in der Folgezeit sichtbar, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Klar ist: Nur Innenstädte, die sich wandeln, haben eine Zukunft – mitsamt dort angesiedeltem Handel und Dienstleistungsgewerbe. Die gegenwärtige Lage muss ein Weckruf an alle Beteiligten sein, jetzt die richtigen Schlüsse für Innenstädte und Ortskerne der Zukunft zu ziehen. Die SPD wird sich zusammen mit den Kommunen, Stadtplaner*innen, Wirtschaftsförderung und Gewerbetreibenden an der Weichenstellung in die Zukunft beteiligen und sie unterstützen.

Die neue Aufmerksamkeit für die Stadtzentren ist auch Ausdruck ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Gesamtstadt.

Innenstädte, Stadtteilzentren und ländliche Ortskerne sind Wirtschaftsorte, Freizeit-, Kultur-, Erlebnis- und Begegnungsräume, Visitenkarten und oft auch Tourismusmagneten. Sie beinhalten das baukulturelle Erbe, prägen das Stadtbild und das Image, und sie stiften damit Identität. In Frankreich spricht man aus gutem Grund von den „cœurs des villes“, den Herzen der Städte.

In den letzten Jahrzehnten war der Trend in den Innenstädten vermehrt reduziert auf Konsum und Büroflächen und eine gute Erreichbarkeit durch den Individualverkehr. Die Corona-Pandemie wirkt dabei wie ein Brennglas und bringt zu Tage, wie wertvoll qualitätsvolle öffentliche Räume, Grünflächen und Naherholungsräume für das Wohlbefinden der Bewohner*innen sind. Zudem verstärkt sie den hohen Transformationsdruck, dem unsere Innenstädte ausgesetzt sind. Hohe Mieten, der Konkurrenzdruck des Online-Handels lassen kleine Gewerbestrukturen aus unseren Städten verschwinden.

Demgegenüber stehen Überlegungen für neue Nutzungsmischungen und -qualitäten, mehr nicht-kommerzielle Räume und fortschrittliche Mobilitätsangebote. Wir wollen diese Initiativen bündeln und den Kommunen strategisch bei der integrierten Neuplanung ihrer Zentren helfen. Dafür brauchen wir eine Leitidee für die Zukunft unsere Innenstädte, die wieder

an die oben genannte historische Bedeutung anknüpft und ihre Funktion als lebendige Orte in den Fokus rückt: zur Identifikation für die Bürger*innen, zum Leben und Wohnen, für Handel und Arbeit. Das Paradigma der Funktionstrennung ist überholt.



Unser Leitbild ist eine Stadt der kurzen Wege, ein neues Mit- und Nebeneinander von Handel, Bildung, Kultur und Wohnen. Eine offene Architektur und qualitativ hochwertige öffentliche Infrastruktur schafft Begegnungsräume und verbessert den Zusammenhalt.

Unsere Stadt ist gerecht und barrierefrei, um allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen.

Unsere Stadt ist kinder- und familienfreundlich. Wir brauchen in jeder Nachbarschaft Naherholungs- und Freizeitangebote.

Unsere Stadt ist resilient, grün und klimagerecht.

Im Zeichen von Digitalisierung, demografischem Wandel und Anpassung an den Klimawandel werden die Innenstädte nur als vielfältige, multifunktionale Räume mit neuen Nutzungsformen eine Zukunft haben. Wir müssen sie als Anziehungspunkte für Handel und Konsum, für Dienstleistungen und Handwerk, für Bildung, Kunst und Kultur, für Wissenschaft, Freizeit und Gastronomie und nicht zuletzt für innerstädtisches Wohnen sichern und weiterentwickeln.

Stadtplanung und Wirtschaftsförderung haben die Aufgabe, Konzepte zu entwickeln und langfristig angelegte Allianzen zu schmieden, um die Innenstädte mit neuem Leben zu füllen.

Wir werden geeignete Formen der Zusammenarbeit unterstützen, um Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen.

Alle dafür relevanten Akteure an einen Tisch zu bekommen heißt,



den Kreis breit aufzustellen: Gewerkschaften und Wirtschaft, Einzelhandel und Gastronomie, das Beherbergungsgewerbe, die Veranstaltungsbranche, das Handwerk, die Kreativwirtschaft, Bildungseinrichtungen, Kulturschaffende, Zivilgesellschaft und Initiativen wie City-Labs. Kein nachhaltiger Wandel kann ohne und gegen sie stattfinden.

Dabei sind jede Kommune und jeder Stadtteil geprägt durch eigene Herausforderungen. Notwendig sind Ideen, die passgenaue Lösungen für die jeweilige Situation vor Ort ermöglichen. Ein alleiniger Fokus auf Einkaufsmeilen und Cities wäre falsch: Vielfach besteht in den kleineren Stadtteilzentren oder den Ortskernen in ländlichen Gemeinden sogar besonderer Handlungsbedarf. Für diese Zentren sind oft kommunale Investitionen als Anshub für ein Wiederaufleben ganz besonders erforderlich.

Wir brauchen neben einem langen Atem, aber auch Experimentierfreude und den Willen zur Kooperation über Fachressorts hinweg. Und: Wir brauchen eine verlässliche Mittelausstattung der Kommunen genauso wie Förderprogramme des Bundes und der Länder, die den Kommunen bei ihrer Transformationsaufgabe helfen. Gerade auf der knappen Fläche der Ortszentren hat individuelles Gewinnstreben ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl oft besonders verheerende Auswirkungen.

Der Wandel der Innenstädte ist bereits in vollem Gang

Die Zunahme der Verkaufsflächen im Einzelhandel in zentralen Lagen der Städte ist jahrelang einhergegangen mit dem Rückgang der Zahl der Einzelhändler. Die zunehmende

Filialisierung hat neben den großen Warenhäusern vor allem die kleinen, inhabergeführten Läden getroffen. Ebenso wie kleine, für die Versorgung der Wohngebiete erforderliche Gewerbe- und Handwerksbetriebe werden sie zunehmend aus den hochpreisigen Lagen verdrängt, weil die erzielbaren Erträge die enormen Mietpreissprünge für Gewerberäume nicht mehr decken. Hinzu kommen die Digitalisierung und der unaufhaltsame „Siegesszug“ des Onlinehandels, die den strukturellen Wandlungsprozess des Einzelhandels unumkehrbar machen. Da die Nachfrage nach Verkaufsflächen im Zuge dieser Entwicklung weiter nachlassen wird, ist es an der Zeit für neue Konzepte, die auf einem intelligenten Nutzungsmix beruhen. Und es ist Zeit für eine bessere, auch digitale Vernetzung der kleinen Anbieter.

In den meisten Großstädten machen **Büronutzungen** den größten Anteil an Flächennutzungen in der City aus. Auch wenn verlässliche empirische Daten noch ausstehen, ist zu erwarten, dass künftig mehr Büroarbeit ins Home Office verlagert wird. Das verändert auch die Ansprüche an innerstädtische Flächennutzung und an gemischter Nutzung städtischer Areale. Die bestehenden **kulturellen, gastronomischen und sonstigen freizeitbezogenen Angebote** in den Innenstädten stehen nicht nur für die urbane Vielfalt, sondern auch dafür, dass die Zentren außerhalb der Bürozeiten und der Öffnungszeiten des Handels belebt bleiben.

Soziale und Bildungsangebote sind in den zentralen Lagen noch nicht durchgehend präsent – nicht nur, aber auch weil die hohen Mieten vielerorts für die Betreiber nicht bezahlbar sind. Seit einiger Zeit sind Veränderungen der Bedürfnisse erkennbar: Der Wunsch nach Begegnungsräumen auch in den Innenstädten

wächst. Bibliotheken, aber auch Kirchengemeinden und Universitäten und Hochschulen entdecken die Innenstädte als „dritte Orte“ zwischen Wohnen und Arbeiten.

In den vergangenen Jahrzehnten ist das Wohnen immer mehr aus den Zentren zurückgedrängt worden. In Anbetracht drohender Leerstände und Vermietungsschwierigkeiten, aber auch wegen der Nähe zur innerstädtischen Freizeitinfrastruktur wird die Debatte über das innerstädtische Wohnen aber seit längerem wieder geführt. Vor allem Ältere und Studierende kommen als Zielgruppe für das generationengerechte und zugleich bezahlbare Wohnen im Stadt- oder Ortszentrum in Frage. Große, leerstehende Gebäude könnten so umgewidmet werden, dass sie gemischte Nutzungen beherbergen und Raum geben für innovative Wohnformen wie generationenübergreifendes, inklusives oder interkulturelles Wohnen. Leerstehende Kaufhäuser kämen für den Umbau in Einrichtungen des Servicewohnens in Frage. Auf diese Weise böten die Innenstädte eine hohe Lebensqualität für Seniorinnen und Senioren mit ihren Bedürfnissen nach einer Stadt der kurzen Wege. Neuer Wohnraum in den Innenstädten in Verbindung mit alternativen Wohnformen würde die Innenstadt auch für (soziale und Gesundheits-) Dienstleister wieder attraktiver machen.

Neben Plätzen, Grünanlagen, Uferanlagen und Spiel- und Sportplätzen nehmen auch Verkehrsflächen einen nicht unerheblichen Teil des öffentlichen Raums ein. Gerade die

verdichteten Innenstädte sind auf eine klimagerechte städtische Umwelt angewiesen. Die Anforderungen reichen von der Verbesserung des Stadtklimas durch Grün-, Frei- und Spielflächen bis hin zur Freilegung kanalisierter Gewässer und der Schaffung neuer Wasserflächen.



Schließlich sind die Innenstädte auf die Rückgewinnung des öffentlichen Raums von einer am Automobil orientierten Stadt- und Verkehrsplanung angewiesen. Wir brauchen eine **umwelt- und nutzerfreundliche Mobilität**, nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes. Eine gute Erreichbarkeit vor allem durch öffentliche Verkehrsmittel und der Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur machen Zentren attraktiv, ebenso wie ein funktionierender Lieferverkehr.

Nachhaltige Mobilität, die alle mitnimmt, hängt von Ideen und der Bereitschaft zu kreativen Lösungen für Intermodalität ab. Die Entwicklung von City-Logistik-Konzepten, zur Versorgung auf der letzten Meile, Sharing-Systeme, Verkehrsverlagerung auf Fuß- und Radverkehr und ein kluges ÖPNV-Mobilitätsmanagement sind bereits in vollem Gang. Hier gilt es, neuen Ideen Wege zu ebnet und bürokratische Hürden abzubauen. Die Digitalisierung ist dabei ein Schlüssel zum Erfolg.



Wie wir die Transformation der Innenstädte unterstützen wollen

Die SPD ist die Partei der Kommunen. Allein in dieser Legislaturperiode sind Milliarden an finanziellen Mitteln an die Kommunen in Deutschland geflossen. Jetzt geht es darum, die notwendige Transformation unserer Innenstädte nachhaltig voranzutreiben.

Dazu braucht es kluge Konzepte. Wir treten für ein entschlossenes Handeln mit umfassenden Maßnahmen ein.

1. Wir brauchen ein **Sofortprogramm „Stärkung der Innenstädte“**, mit dessen Hilfe die Kommunen leerstehende Immobilien ankaufen und mit einer Umnutzung für eine Belebung des Viertels sorgen können: Von Bürofläche in mietpreisgebundenen Wohnraum oder in Standorte von Kultur, Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen.

Voraussetzung ist die Weiterentwicklung des City- und Stadtmarketings und die Entwicklung von Innenstadtkonzepten. Wir wollen Interessen – und Standortgemeinschaften (ISGs) oder Business-Improvement-Districts (BIDs) unterstützen, auch um die Verantwortung und Mitwirkung der Eigentümer bei der Sicherung der gewerblichen-Mischung und Investitionen in den öffentlichen Raum zu stärken. Weil ein solches Sofortprogramm einen zügigen Mittelabfluss ermöglichen muss, um die notwendigen kurzfristigen Effekte zu



erzielen, ist die Aufstockung des bestehenden Programms für zukunftsfähige Innenstädte notwendig. Die dahingehenden Vorschläge des Deutschen Städtetages geben dafür eine gute Orientierung.

2. Auch die **Städtebauförderprogramme** von Bund und Ländern sind ein wirksames Instrument zur Bewältigung der Entwicklungsaufgaben für die Innenstädte. Insbesondere das Förderprogramm "Lebendige Zentren" ist für die Bewältigung der Herausforderungen in den Innenstädten von großer Bedeutung. Dazu ist eine ausreichende Ausstattung der Programmlinie auch in Zukunft erforderlich.

Die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten für die Innenstadt muss dabei eine Voraussetzung sein. Wir nehmen die Forderungen der Kommunen sehr ernst, die Programme flexibler handhaben zu können und die Prozesse zur Beantragung, Projektierung und Abrechnung weiter zu vereinfachen, um die Kommunen von unnötigem Verwaltungsaufwand zu entlasten. Das gilt auch für die Forderung nach der Reduzierung – oder vorübergehenden Aussetzung – der Eigenanteile finanzschwacher Kommunen.

3. Darüber hinaus sind auch weitere **Änderungen im Bauplanungs- und Bodenrecht** nötig, die auch der Entwicklung der Innenstädte zugutekommen müssen.



Ziele sind eine verbesserte Nutzungsmischung, (befristete) Nutzungsänderung sowie die Entwicklung zentrenrelevanter Schlüsselimmobilien durch die Kommunen. Auf die Erleichterung der Umwandlung von Gewerbe- in Wohnimmobilien, z.B. durch Freistellungen von den Festsetzungen bestehender Bebauungspläne, muss besonderes Augenmerk gerichtet werden. Nachdem wir das preislimitierte **Vorkaufsrecht** für Kommunen eingeführt und zur Bekämpfung von Spekulation die Anwendung von Baugeboten erleichtert haben, ist es nun außerdem an der Zeit, die zehnjährige Spekulationsfrist abzuschaffen.

Flächen und Immobilien in zentralen Lagen sind für vitale Städte unverzichtbar, und sie sind unvermehrbar. Deshalb ist nicht hinnehmbar, dass Immobilien von Eigentümern ohne jedes Ortsinteresse jahrelang leer stehen. In diesem Fall muss den Kommunen ein **Recht auf Belegung bzw. Erwerb der Immobilie** zustehen. Außerdem müssen Wertsteigerungen von Grundstücken durch Änderungen der Flächennutzungspläne der Allgemeinheit zugutekommen.

Für weitere baurechtliche Maßnahmen werden wir in der kommenden Legislaturperiode unverzüglich eine Baurechtsnovelle für zukunftsfähige Innenstädte erarbeiten und umsetzen. Um den Städten und Gemeinden eine aktive und nachhaltige Bodenbevorratung zu ermöglichen und Handlungsspielräume für die Stadtentwicklung zu erweitern, sollten vermehrt **Bodenfonds** auf regionaler oder kommunaler Ebene

eingerrichtet werden. Bund und Länder sollten diese flankierend unterstützen, z.B. durch die eine Abgabe von entbehrlichen Grundstücken zu adäquaten Preisen, auch zur Bodenbevorrattung; und die Unterstützung durch eigene Baulandentwicklungsfonds.

4. Im **Umweltrecht** geht es um die Vereinbarkeit von Nutzungsmischungen mit immissionsrechtlichen Vorschriften der *Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm*, um klare Regelungen für das Neben- bzw. Miteinander verschiedener Nutzungen zu schaffen.
5. Bis 2025 wollen wir eine Solaranlage auf jedem Supermarkt und jeder Schule. Innovative und vorbildhafte Konzepte für die **Nutzung unserer Dächer** sollen zu Aushangeschildern der Städte werden und nicht genutzte urbane Freiraumqualität freisetzen, etwa durch *urban gardening*.
6. Die Politik ist in der Pflicht, **dem stationären Handel faire Chancen gegenüber dem Online-Handel zu sichern** und der Verödung der Innenstädte entgegenzuwirken. Eine faire Unternehmensbesteuerung sowie anständige Arbeitsbedingungen für Online-Riesen sind der Weg zu einem fairen Wettbewerb zwischen *Amazon* und dem Laden vor Ort.

Aktuell müssen die **Überbrückungshilfen** für die Dauer der

Corona-Pandemie fortgesetzt und gegebenenfalls angepasst werden. Darüber hinaus brauchen wir Förderprogramme, die eine Neuausrichtung der Geschäftsmodelle des stationären Einzelhandels unterstützen, um die bisherigen Angebote mit onlinegestützten Angeboten zu verknüpfen und damit dem Kundeninteresse nach Multi-Channel-Angeboten nachzukommen.

7. Die Fortsetzung der Nationalen Dialogplattform *Smart Cities* sowie weiterer Modellprojekte zur Entwicklung, Erprobung und Nutzung eines strategischen Umgangs mit **Chancen und Risiken der Digitalisierung** soll auch dazu dienen, die Aktivitäten der Städte beim Auf- und Ausbau von digitalen Plattformen zur Stärkung der Innenstädte zu ermöglichen.

In diesen Zusammenhang gehören auch Maßnahmen zur **Förderung der Vernetzung von Angeboten** etwa auf lokalen oder regionalen Online-Marktplätzen um die Produktsuche für die Kundschaft zu erleichtern. Diese Maßnahmen ergänzen eine aktive Zusammenarbeit innerhalb des Einzelhandels und mit allen anderen Innenstadtakteuren von der Wirtschaftsförderung über das Stadtmarketing bis hin zu den Immobilienbesitzern.

8. Hinzukommen muss eine Initiative zur **Stärkung weniger zahlungskräftiger, inhabergeführter Einzelhandelsgeschäfte im Gewerbemietrecht**. Damit

verhindern wir die weitere Verdrängung von Kleingewerbetreibenden wie auch sozialer und kultureller

Projekte aus den innerstädtischen Lagen. Wir wollen prüfen, inwieweit Regelungen des sozialen Mietrechts wie Kündigungsschutz, Mietspiegel und Mietpreisbegrenzung auf den Gewerbebereich übertragbar sind.

Die Eigentümer von Innenstadtimmobilien haben eine besondere Verantwortung, um dem Attraktivitäts- und Funktionsverlust von Innenstädten und Zentren entgegenzuwirken. Ohne ein Umdenken weg von der kurzfristigen individuellen Renditemaximierung zu einer nachhaltigen Langfriststrategie, die Rentabilitätsstreben und Gemeinwohlorientierung zusammenbringt, droht Entwicklungsstillstand, der am Ende allen schadet. Wünschenswert ist eine Mietpartnerschaft zwischen Händlern und Immobilieneigentümern, weil wirtschaftlich stabile Mieter auch im Interesse der Eigentümer sein müssen. Ein Schlüssel für die Mobilisierung privater Eigentümer für die Innenstadt liegt in ihrer systematischen Information, Beratung und Förderung.

9. Mit der Einführung einer der sozialen Wohnraumförderung ähnlichen **sozialen Ladenraumförderung** könnten sich Kommunen Belegungsrechte für Ladenräume mittels Förderung sichern, die ihnen erweiterte Handlungsmöglichkeiten bei Bestimmung der Nutzungen und der Höhe der Mietpreise schaffen könnten, die sie sonst nur bei dem Erwerb der betreffenden Immobilien erhielten.



10. Der Kultur müssen gerade auch in den Innenstädten die notwendigen Freiräume gesichert werden – auch in den Städten und Gemeinden, in denen der Immobilienverwertungsdruck immer weiter zunimmt. Wir brauchen Möglichkeiten der öffentlichen Bereitstellung von bezahlbaren Räumlichkeiten für kreative Nutzungen – auch Zwischennutzungen – und damit auch die Sichtbarkeit und Wahrnehmbarkeit von Kunst im öffentlichen Raum stärken. Der Bund ist mit in der Verantwortung, kreative Initiativen und Geschäftsmodelle zu unterstützen, die bedrohte Kulturräume wie Kinos, Stadtteilzentren oder Musikclubs sichern helfen. Wir wollen öffentliche Bibliotheken – ebenso wie soziokulturelle Zentren in den Stadtteilen – als die dringend benötigten und in den Quartieren erreichbaren sogenannten „dritten Orte“ stärken, die zwischen Arbeitsplatz und eigener Wohnung Begegnung in Gemeinschaft ermöglichen.

11. Die Corona-Krise hat auch die städtische Mobilität verändert. Busse und Bahnen sind deutlich weniger frequentiert, mehr Menschen sind aufs Fahrrad umgestiegen oder gehen häufiger zu Fuß. Die Bedeutung der Mikro-Elektromobilität nimmt zu. Das hat Folgen für die Mobilität nach dem Ende der Pandemie. Die Mobilitätswende wird dann auch in den Innenstädten weiter an Fahrt aufnehmen. Neben der weiteren Stärkung des klassischen ÖPNV und mehr Raum für den Fahrrad- und Fußverkehr brauchen wir Citylogistikkonzepte für die Belieferung, emissionsarme Lösungen wie etwa Sammeldepots für Zustelldienste an Standorten am Rande



der Zentren mit Anlieferung der Waren durch Elektrofahrzeuge und Lastenfahrräder.

Klar ist: Der ÖPNV muss der Verkehrsträger der Zukunft in den Zentren werden. Der entschlossen angegangene Mobilitätsumbau unserer Städte hin zu den Verkehrsträgern des Umweltverbundes entscheidet ganz maßgeblich über die Attraktivität der Innenstädte für andere Nutzungen als Konsum und Büro.

12. Eine zukunftsweisende Innenstadtentwicklung lebt von Kreativität und Experimentierfreude. Wir halten daher die Etablierung von **„Reallaboren“ für das Erproben innovativer Veränderungsprozesse** für sinnvoll, damit unter Beteiligung aller Akteure erfolgversprechende Ideen schneller verwirklicht werden und zur Nachahmung anregen können. Das erfordert auch die Bereitschaft der innerörtlichen Wirtschaft, neue Wege – etwa die Vernetzung des vielfältigen Einzelhandels in „virtuellen Warenhäusern“ – auszuprobieren. Hierfür sind neben finanziellen Fördermöglichkeiten auch weitere rechtliche Spielräume, z.B. im Rahmen von Experimentierklauseln notwendig.
13. Die vielfältigen Herausforderungen unserer Gesellschaft werden in den Kommunen bewältigt – oder gar nicht. Dazu benötigen sie eine **hinreichende Finanzausstattung**. Der Bund hat auf Druck der SPD bereits 2020 dafür gesorgt, dass der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft dauerhaft erhöht wurde. Für viele Städte bedeutet das eine Entlastung im deutlich zweistelligen Millionenbereich. Mit



dem befristeten Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle hat der Bund zudem der besonderen Belastung in der Corona-Krise Rechnung getragen. Darüber hinaus bleibt die jeweils hälftige Übernahme der kommunalen Altschulden durch den Bund und die jeweiligen Länder unabdingbar. Der Veränderungs- und Investitionsbedarf ist gerade da besonders hoch, wo Kommunen durch den Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte überdurchschnittliche Sozialausgaben und weit unterdurchschnittliche Einnahmen haben. Der Graben zwischen armen und reichen Kommunen läuft der ausgewogenen Regionalentwicklung entgegen und bremst auf Dauer bundesweit Wachstum und Wohlstand.

Deutschland verfügt im Vergleich zu zentral verfassten Staaten nicht zuletzt durch seine vielfach historisch gewachsenen Ortskerne und Innenstädte mit einer großen Vielfalt an Wohnbebauung, Gewerbe, Handel und Gastronomie über enormen wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum. Der individuelle Charakter der vielen über die Gesamtfläche des Landes verteilten Klein-, Mittel- und Großstädte gilt in der Welt als modellhaft und ist ein Grund für ausgeprägten Städtetourismus. Der Erhalt und die Weiterentwicklung der Innenstädte muss deshalb gleichermaßen im Interesse von Bund, Ländern, den Kommunen selbst und allen liegen, die dort wohnen, arbeiten, Handel treiben und Eigentum an Immobilien

haben. Die SPD will im Dialog mit den Beteiligten auf allen Ebenen dazu beitragen, die Zukunft der Innenstädte und



Ortskerne durch einen identitätswahrenden Wandel zu sichern.